

Umgang mit Rechtsextremismus und Politik der AfD Positionspapier des Paritätischen erschienen



Das Projekt *Beratung gegen Rechts* beim *Paritätischen Gesamtverband* stärkt und vernetzt Initiativen und Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege und ihre haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitenden, die sich zunehmend Anfeindungen seitens rechter und rechtsextremer Akteure ausgesetzt sehen. Mittels bedarfsorientierter Beratungs- und Bildungsangebote werden konkrete Unterstützung und präventive Maßnahmen im Sinne der aktivierenden Selbsthilfe angeboten.

In der im Juli 2019 herausgegebenen Handreichung *Umsetzung des „Positionspapiers zu Rechtsextremismus und Politik der AfD“*, insbesondere in Wahlkampfzeiten des *Paritätischen Gesamtverbandes* wird festgehalten, dass der *Paritätische* den Positionen der *AfD* und

ihrer Vertreter/innen klar und offen widerspricht, wenn sie sich gegen die Grundsätze des *Paritätischen* stellen und dass der Verband die *AfD* und ihre Vertreter/innen nicht zu eigenen Veranstaltungen einlädt und ihnen keine Diskussionsplattform bietet.

Der *Paritätische* macht deutlich, dass eine Partei, deren Agenda und deren Repräsentant/innen die Gleichwertigkeit aller Menschen bestreitet und rechtsextremistische Positionen in der Gesellschaft befördern, kein Gesprächspartner des *Paritätischen* sein kann. Für die Kommunikation nach außen empfiehlt der *Paritätische* beispielsweise Formulierungen wie diese: „Die bisherigen Erfahrungen mit der *AfD* und ihren Vertreter/innen offenbaren eine Strategie, die versucht, Menschen und zivilgesellschaftliche Organisationen öffentlich zu diskreditieren, die sich für unsere verbandlichen Grundwerte Toleranz, Offenheit und Vielfalt, einsetzen. Der *Paritätische* hat daher beschlossen, den Vertreter/innen dieser Partei keine Bühne zu bieten und sie nicht einzuladen. Bitte nehmen Sie das beiliegende Positionspapier des Gesamtverbands zur Kenntnis.“

Der *Paritätische* macht in seiner Handreichung weiter klar: Werden Personengruppen angegriffen, die ohnehin im Fokus der rechten und rechtsextremen Agenda stehen, müssen zivilgesellschaftliche Akteure entschieden intervenieren. Der Schutz der Betroffenen, ihrer persönlichen Ehre und ihrer Menschenwürde müssen im Vordergrund stehen. Dies gelte umso mehr, je verletzlicher die angegriffenen Gruppen seien. Mögliche Interventionsformen reichen von der Offenlegung besagter Argumentationsstrategie über Ermahnung und Abmoderation bis hin zum Ausschluss von der weiteren Debatte.

In der inhaltlichen Auseinandersetzung empfiehlt der *Paritätische*, erklären zu können, was an den Inhalten der *AfD* problematisch ist und worin die Widersprüche und Unvereinbarkeiten zu den eigenen Positionen bestehen. Eine inhaltlich-argumentative Strategie, ausgeführt anhand konkreter Beispiele und Ereignisse, sei deutlich wirkungsvoller, als ausschließlich zu versuchen, die *AfD* oder ihre Repräsentant/innen als rechtsextrem zu stigmatisieren.

In den Anlagen der Handreichung finden sich die Positionierung des *Paritätischen* zu Rechtsextremismus und Politik der *AfD* vom April 2018 mit dem richtungsweisenden Zitat im Untertitel: „Im Namen der Toleranz sollten wir uns das Recht vorbehalten, die Intoleranz nicht zu tolerieren (Karl Popper)“. Weiter ist Bestandteil der Handreichung ein Beitrag zu Neutralitätspflichten für Zuwendungsempfänger (September 2018) vom *Paritätischen Gesamtverband* und konkrete Hinweise zum Umgang mit rechten Argumentationen der *Mobilien*

Beratung gegen Rechtsextremismus, (MBR; 2017).

Das Positionspapier kann von der Webseite des Paritätischen www.der-paritaetische.de (Schwerpunkt/Vielfalt ohne Alternative) kostenlos heruntergeladen oder in gedruckter Form bei bgr@paritaet.org bestellt werden. Der Link findet sich auch in der Linkliste zu diesem Heft auf unserer Webseite.

Conny Smolny